

Monatlich
nach Boten 3,50 Mk.,
nach der Post 3,70 Mk.
Einschließung des Post- und
Fremdenverkehrs.
Druck und Verlag
von E. G. Sommer,
24a Gasse und Diez.

Diezer Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Bahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Anzeigen:
Die einspaltige Zeile 50 A.
Zwei Spalten 70 A.
Vier Spalten 1,50 A.

Ausgabestellen:
Diez, Rosenstraße 24.
Herrnprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Richard Hein, Bad Godesberg.

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 95

Diez, Freitag, den 30. April 1920.

26. Jahrgang.

Letzte Nachrichten.

Frankreich—Amerika.

Dr. Berlin, 29. April. Der Lokalanzeiger will aus zuverlässiger Quelle melden können, daß Frankreich vor einer neuen ökonomischen Frage steht, weil Amerika sich weigert, Handel mit Frankreich zu treiben, bevor nicht Frankreich aus den Holzjahren geräumt sei. Eine Verständigung dieser Richtung liegt nicht vor.

Generalstreik der französischen Eisenbahner.

Dr. Paris, 29. April. Der leitende Ausschuss des allgemeinen Eisenbahnverbandes teilt mit, daß das Personal des Eisenbahnverbandes Frankreichs am Samstag, den 1. Mai in den Generalstreik tritt, um die Rationalisierung der Eisenbahnen voranzutreiben. Dies ist die Forderung der gesamten Arbeiterbewegung. Der Ausschuss wird dafür sorgen, daß die Versorgung des Landes gesichert bleibt.

Die Not der Zeitungen.

Dr. Berlin, 29. April. Der Verein deutscher Zeitungsverleger hat infolge der wachsenden Papiernot für den 5. Mai eine Versammlung nach Dresden einberufen, um die Lage zu besprechen. Wie die Bsp. Ztg. schreibt, sind zwei der bedeutendsten Buchdruckereien von Berlin im Begriff, den Betrieb aufzulösen und das Geschäft zu schließen.

Valutazuschlag im Zurbetrieb.

Dr. Berlin, 29. April. Der Lokalanz. meldet aus Halle, daß der Gastwirtschaftsverband in Halle/Kassel im März beschloß, von ausländischen Gästen in angedrohter Weise einen Aufschlag von 300 Prozent auf die jeweiligen Preise zu erheben.

Die Nationalversammlung

Sitzung vom 28. April 1920.

Die Nationalversammlung erteilt auf Antrag des Magisters Berlin-Lichtenberg die Genehmigung zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den liberalen Abgeordneten Dr. Marekly wegen angeblicher Beteiligung am Kapp-Putsch. Das Haus hatte dann über Beschwerden zu beraten, die zwei Mitglieder des Hauses, Goldschmidt (Welfe) und Schiele (Dnt.) wegen ihrer Beteiligung während der Kapp-Märche eingereicht hatten.

Der Reichsminister Koch gab dem lebhaften Bedauern der Reichsregierung über die Vorkommnisse Ausdruck. Der Minister will in beiden Fällen auf eine Bestrafung der Schuldigen hinwirken. Das Haus beschloß auf Antrag des Ausschusses, den beiden beschuldigten Mitgliedern das Bedauern des Hauses auszusprechen und bei der Reichsregierung Bestrafung der Schuldigen zu beantragen.

Eine lange Aussprache gab es über den Fall Brach. Dessen Unabhängigen wird vorgeworfen, daß er Landesverrat dadurch begangen habe, daß er den Franzosen Schutzleistungen über unsere innere Verhältnisse habe zusammenlassen, die in letzter Zeit die Veranlassung zur Besetzung Frankreichs gegeben hätten. Während der Aussprache die Beratung der Erlaubnis beantragte, beauftragte der Dem. Vorauß, dem Rechtsverfahren freien Lauf zu lassen. Bedauer aller bürgerlichen Parteien stimmten ihm zu. Infolge der Beschlußfähigkeit des Hauses mußte um 2,30 Uhr die Sitzung unterbrochen und eine neue Sitzung anberaumt werden.

Zu Beginn der neuen Sitzung begann das Haus die erste Beratung der

Befoldungsordnung.

eingeleitet durch ein ausführliches Referat des Abg. Altkotte (Zentr.). Es war ursprünglich beabsichtigt, die Befoldungsreform ohne Ausschussberatung vom Plenum an die Annahme zu lassen. Gegen diese Art des Vorgehens hat sich indes Widerspruch erhoben, weil die Veranlassung der Reform auf eine gründliche Durchberatung der Vorlage und auf Vornahme einer Reihe wesentlicher Änderungen lagte. Der Ausschuss hat dann auch manche Bestimmungen des ursprünglichen Entwurfs, so z. B. über die Kinderzulage, geändert. Die

Kinderzulagen

sind jetzt in der Weise geregelt, daß bis zum 6. Lebensjahre monatlich 40 Mark, bis zum 14. Lebensjahre monatlich 50 Mark und bis zum 21. Lebensjahre monatlich 60 Mark Kinderzulage gewährt werden. Die finanzielle Wirkung der vom Ausschuss vorgenommenen Änderungen ist eine Mehrausgabe von rund zwei Milliarden Mark. Obwohl der Altersausschuss übereingekommen war, keine Debatte über die Befoldungsreform stattfinden zu lassen, so durchbrachen die Unabhängigen dies, indem sie Frau Rich auf die Medertribüne entließen, um ihren Standpunkt zu verschiedenen Punkten der Befoldungsordnung zu begründen. Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung erledigt.

Dann begann das Haus die Beratung der Kriegsbe-

schädigten- und Hinterbliebenengesetze. Die Nationalversammlung wird nun doch am Donnerstag noch nicht endgültig ihre Arbeit beschließen. Sie wird vielmehr am 19. Mai noch einmal zu einer gewöhnlichen Beratung zusammentreten, um zu einer wirtschaftspolitischen Frage Stellung zu nehmen, deren Erledi-

auf dem Verordnungswege durch den Volkswirtschaftlichen Ausschuss nicht zweckdienlich erscheint. Letzterer wird bereits am 17. Mai seine Beratungen wieder aufnehmen.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 28. April 1920.

Fortsetzung der ersten Beratung des Verfassungs-

entwurfes.
Abg. Dr. Preuß (Dem.): Die Reserve, mit der der Minister für den Entwurf sprach, wird wohl allgemein gelobt und berechtigt zu der Hoffnung, daß wir uns über die notwendigen Umbauarbeiten verständigen werden. Der Wechsel der Staatsform ist für Preußen kein isoliert zu lösendes Problem, sondern hängt zusammen mit den Verhältnissen zum Reich und zu den Provinzen. Die Zentralisation darf die Selbstverwaltung der Provinzen nicht beeinträchtigen. Die Paragraphen 58 und 59 des Entwurfs geben noch keine Richtlinien für die Verwaltung. Der Finanzrat des Entwurfs ist ein unzureichendes Belegenheitsprodukt. Ich rede dem Zweikammerismus nicht das Wort, aber ein schrankenloser Parlamentarismus ist erst recht kein Ideal. Nach dem Entwurf ist das preussische Volk nur frei, bis es gewählt hat; nach der Wahl aber ist es der Sklave des Parlaments. Ein preussischer Staatspräsident ist unmöglich, wäre auch unhaltbar, da der Landtagspräsident seine Funktionen übernimmt.

Abg. Dr. Leidig (D. Bpt.): Dieser Entwurf ist das Ergebnis einer bewegten Zeit und einer gedankenarmen Demokratie. Die Regierung läßt den Landesparlamenten keine Möglichkeit zum Organisationsausbau ihrer Selbstverwaltung. Im Reich hat Preußen die Hegemonie eingebüßt, aber selbst dieses Opfer ist uns für die nationale Einheit Deutschlands nicht zu groß. Leider aber ist die Politik gerade der Linken darauf eingestellt, den nationalen Gedanken zu unterdrücken. Wir wünschen an der Spitze des Staates einen Staatspräsidenten als Repräsentanten des Volkes, allerdings nicht einen solchen, der zum Generalstreik auffordert. Ueberdies fordern auch wir eine Organisation, die die Stelle einer ersten Kammer vertritt. Sie darf aber nicht in derselben Weise gestaltet werden, wie die zweite Kammer.

Abg. Meyer (Zentr.): Ich stelle mich auf den Boden der Republik, aber vergebens suche ich nach waschechten Republikanern auf dem Lande. Der Entwurf ist ausgezeichnet und hält den Vergleich mit der Reichsverfassung aus.

Die Vorlage geht an den Verfassungsausschuss.
Es folgt die Beratung des Antrages Graf-Krakam (D. Rtl.) über die

Auflösung der Einwohnerwehren.

Abg. Graf: Warum ist nicht auf die Weichselung eingewirkt worden, um bei dem Zerbröckeln eine Zurücknahme seines Verlangens der Auflösung der Einwohnerwehren herbeizuführen? Was wird die Regierung tun, um die Gefahren abzuwenden, die der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit aus der Auflösung der Einwohnerwehren drohen?

Der Redner der Unabhängigen begründet einen entgegengesetzten Antrag, nämlich die Einwohnerwehren aufzulösen. Zu dieser Frage nahmen nur noch Redner der Deutschen Volkspartei und der Demokraten Stellung.

Dann vertagt sich das Haus auf Donnerstag 11 Uhr.

Der Völkerverbund.

Die Besetzungsdauer im Marikan. Daily Mail meldet aus San Remo, die Konferenz habe entschieden, daß die französischen Truppen Frankfurt solange besetzt halten dürfen, bis Deutschland die Entlassungsbestimmungen ausgeführt und die 12.000 Geflüchtete abgeliefert haben würde, die es entgegen dem Friedensvertrag noch beziehe. Weiter wurde beschlossen, dem deutschen Reich alle nötigen Beweise für die Aburteilung der Beschuldigten zu übermitteln.

Ein internationaler Gerichtshof. Im Haag hat auf die Initiative der holländischen Regierung unter Teilnahme der Schweiz und der skandinavischen Staaten kürzlich eine Konferenz stattgefunden, die einen gemeinsamen Entwurf für den im Art. 10 des Völkervertrages vorgesehenen internationalen Gerichtshof anfertigte. Die Pol.-Parl. Nachr. melden, daß der Entwurf, der bisher geheim gehalten worden sei, nunmehr der Öffentlichkeit unterbreitet werde. Der Gerichtshof soll aus 15 Richtern und aus sechs Stellvertretern zusammengefaßt sein, die von der Delegiertenversammlung des Völkervertrages gewählt werden. Man glaubt auf diese Weise das Prinzip der Staatengleichheit am besten zu wahren. Der Gerichtshof soll nicht nur den Mitgliedern des Völkervertrages, sondern auch allen anderen Staaten zugänglich sein. Er soll nur über Streitigkeiten urteilen und für bestimmte Fragen rechtlicher Natur obligatorisch sein.

Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland. Der Sonderberichterstatter des Senats bestätigt die Nachricht, daß die Konferenz der alliierten Mi-

nisterpräsidenten die volle Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland beschlossen habe. Der Beschluß, der der wichtigste sein dürfte, wurde auf der Konferenz im Laufe der Besprechung Lloyd Georges, Millerands und Nitris in letzter Stunde gefaßt.

Um unsere Schiffe

Daß die deutsche Flotte vom 14. April betr. die Auslieferung unserer Handelsflotte hat die Wiedergutmachungskommission in a. folgendes geantwortet: Wir müssen betonen, daß, obwohl jetzt über drei Monate seit Inkrafttreten des Friedensvertrages verlossen sind, noch nicht ein Fahrzeug während dieser Zeit von der deutschen Regierung abgeliefert worden ist und Ihnen mitteilen, daß es der Wiedergutmachungskommission nicht möglich ist, irgend welche weitere Vorschläge in Erwägung zu ziehen, bis eine zufriedenstellende Menge Tonnage tatsächlich abgeliefert worden ist. Wir müssen eben so daran erinnern, daß, wie in dem Schreiben der Kommission vom 30. Januar bereits erwähnt, von dem Zeitpunkt ab, wo die Schiffe nach dem Friedensvertrage hätten abgeliefert werden müssen, sie zu dem Tage ihrer tatsächlichen Abgabe von der deutschen Regierung zu zählen sein wird.

Daraufhin hat die Deutsche Regierung unter Hinweis auf die der Auslieferung entgegenstehenden Hindernisse wiederholt den guten Willen deutscherseits betont und auf die bereits zur Ueberführung fertig gemachten Schiffe hingewiesen. Zugleich glaubt sie die Erwartung ausprechen zu dürfen, daß nicht durch Wegnehmen des letzten Schiffes seitens der Wiedergutmachungskommission Deutschland wirtschaftlich völlig zerrüttet werde.

Deutschland.

Über neue spartakistische Unruhen in und um Remscheid wird der Köln. Volksztg. geschrieben: In Remscheid befinden sich zurzeit etwa 800 Mann von der roten Garde. Diese werden in einem von ihnen beschlagnahmten Privatgebäude militärisch ausgebildet. Nachschubgeschüßungen werden abgehalten, ein umfangreiches Telephonnetz überzieht die ganze Stadt. Der Anführer dieser nur aus Mitgliedern der U. S. P. und S. P. D. bestehenden Bande, Schüller, ist bis vor kurzem noch rechtlich verfolgt worden, weil er einen Schatzmann am offenen Tage bei Ausübung seines Amtes angegriffen hatte. Verhaftungen auf offener Straße und Verurteilungen vor dem sog. Standgericht sind an der Tagesordnung. Um die durch die lange Beschießung und Plünderung entstandenen Schäden einigermaßen wettzumachen, werden von dem „Ordnungsausschuß“ die Arbeiter gezwungen, einen vollen Tageslohn an dessen Kasse abzuführen. Das ist die „Völkerrückkehr“ der neuen „Freiheit“; willst du nicht, mein Bruder sein, so hau' ich dir den Schädel ein! Und es der Regierung gelungen, das bergische Land, diesen Sammelpunkt der roten Garde, endlich mit eigenem Heere anzupacken?

Republik Österreich

Ein Zwischenfall in der Wiener Universität. Im Verlaufe einer Auseinandersetzung, die in einer Studentenversammlung vor dem Rathaus stattfand, entleerten am Mittwoch die deutschnationalen Hochschüler alle jüdischen und sozialistischen Studenten aus der Universität. Es kam hierbei zu Tätlichkeiten und zum Eingreifen der Polizei, welche die Studenten beider Parteien verhaftete. Als mittags gegen 1000 deutschnationalen Studenten die Universitätstrasse besetzt hielten, erschien den Blättern zufolge beim Chef der Staatspolizei ein Kommunistenführer und verlangte unter Drohung mit einem Angriff der Kommunisten die Entlassung der sozialistischen Studenten und die Räumung der Straße. Schließlich veranlaßte die Polizei die deutschnationalen Studenten, abzuziehen. Das Universitätsgebäude wurde sodann geschlossen. Wegen der Ausschreitungen der Studenten verfügte das Rektorat die vorläufige Schließung der Universität und die Einstellung der Vorlesungen.

Soziales.

Zur Beamtenbefoldungsreform. Aus höheren Kreisen wird uns geschrieben: Die Vorschläge der preussischen Regierung zur Beamtenbefoldungsreform haben am 3. März ihre endgültige Fassung erhalten und sind mittlerweile wohl schon der preussischen Landesversammlung zugegangen, die demnächst über dieses für die Beamten so lebenswichtige Gesetz zu entscheiden haben wird. Noch ist es also für die Beamten an der Zeit, zu den Regierungsvorschlägen Stellung zu nehmen und ihren Wünschen und berechtigten Forderungen Ausdruck zu geben. Das haben am 30. März die Mitglieder der Bezirksgruppe „Landverband“ des preussischen Philologenverbandes in einer Versammlung zu Hamburg getan. Die einstimmig angenommene Entschließung lautet: Die Bezirksgruppe „Landverband“, dem auch Diez und 24d Eins angehört, steht geschlossen hinter den vom preussischen Philologenverband vertretenen Forderungen. Sie vermahnt sich mit aller Entschiedenheit gegen die geplante Zurückführung der akademisch gebildeten Lehrer in der Befoldung und Amtsbezeichnungsreform gegenüber den Gerichtsurteilen und verfaßt in beiden Fragen die gleiche Behandlung aller akademisch vorgebildeten Beamten. Die Forderungen im einzelnen lauten: 1. Die Anwärter zu befragen in der Klasse 10, in welcher planmäßige Anstellung erfolgt, den vollen Ortszuschlag und volle Teuerungszulagen. Der Prozentatz des Grundgehaltes muß so angesetzt werden, daß der Gesamt-einkommen nicht unter das Gehalt der Klasse 9 herabsinkt. Bei jeder Anstellung beginnt das Befoldungsabstufungsschema dementsprechend ab, aber auf den Tag der zur endgültigen

Anstellung berechtigenden Anstellung folgt, sofern der Beamte von diesem Zeitpunkt ab ununterbrochen im Beamtenverhältnis des Reiches, der Länder oder einer Kommunalverwaltung, im Kirchen- oder öffentlichen Schuldendienste geblieben hat. 2. Die Studie räte (früher Oberlehrer) kommen in Klasse 10. Da die Weiterbildungsmöglichkeiten in den oberen Klassen für die Philologen äußerst gering ist, sollen sämtliche Studienräte nach 12 Dienstjahren, spätestens aber mit hundertfünfundvierzig Lebensjahren, in Klasse 11 aufrücken. Für diese gehobenen Stellen ist die Amtsbezeichnung entsprechend den neu geschaffenen Amtsbezeichnungen der Juristen: Oberamtsrichter, Oberlandrichter—Oberstudienräte. 3. Die Direktoren der höheren Lehranstalten kommen nach Klasse 12. 4. Die Direktoren der großen Doppelschulen kommen nach Klasse 13. 5. Die Provinzialschulräte kommen nach Klasse 1 der Einzelgehälter, die Direktoren der Provinzialschulkollegien und die philologischen Vortragenden Räte nach Klasse 2 der Einzelgehälter. 6. Durch gesetzliche Maßnahme ist dafür Sorge zu tragen, daß die im Ruhestande befindlichen Oberlehrer an den Vorteilen der bevorstehenden Gehaltsreform in ausreichender Weise teilnehmen.

Die Emser Zeitung für Samstag folgt, da anlässlich des 1. Mai die Arbeiter nicht arbeiten, schon heute gedruckt und es wird gebeten, Inserate bis heute nachmittags 2½ Uhr aufzugeben.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

1. Oberlahnkreis. 28. April. Der Arbeitgeberverband für den Kreis St. Vöhringen, der Deutsche und der Christliche Metallarbeiterverband sowie das Ortskartell der Angestellten Verbände von Lohnarbeitern fanden an den Reichspräsidenten folgende, gegen das Schieber- und Buchertum gerichtete Entschließung: Die furchtbare Gefahr, in der sich unser gesamtes Wirtschaftsleben, insbesondere unsere tröstliche Ernährungslage befindet, wächst im Riesengange. Gleichwohl machen sich Schieber und Buchertum immer mehr breit und treiben ihr unfauberes und unethisches Handwerk offen und ohne Scheu. Die bisherigen Maßnahmen gegen diese Vandalen unseres Volkes haben nichts erreicht. Gefängnis und Geldstrafen machen bei diesen Leuten keinen Eindruck; hier können nur die allerhöchsten Mittel helfen. Die schärfsten Zuchthausstrafen müssen unbedingt zur Anwendung kommen, auch die Anwendung der Todesstrafen in besonders schweren Fällen darf nicht gescheut werden. Im Falle der nicht verstandenen, als seitens der Regierung nicht schärfere Maßnahmen schon längst zur Anwendung gebracht sind. Eine Regierung, die in diesen für unser Volksleben wichtigsten Fragen gegen jeden Verstoß ohne Unterschied der Person mit Entschiedenheit verfährt und vor der Höhe der zu verhängenden Strafen nicht zurückschreckt, wird die Sympathie aller Volksteile ohne Unterschied der Parteien voll und ganz haben. Wir richten deshalb an die Regierung das dringende Ersuchen, unverzüglich schärfste Maßnahmen zu treffen, um unser Volk von seinen schlimmsten Feinden zu befreien, denn nur dann erst wird es möglich sein, an den wirtschaftlichen Aufbau unseres Landes zu denken, andernfalls ist der Zusammenbruch nicht zu vermeiden.

2. Frankfurt. 29. April. Die Stadtverordnetenversammlung wählte in geheimer Sitzung an Stelle des zum Oberbürgermeister von Nürnberg gewählten Dr. Luppe den Unterpräfektordirektor Eduard Bräse (Rechtssozialist) Berlin mit 47 Stimmen zum Bürgermeister von Frankfurt. Der Gegenkandidat Stadtrat Fr. Landmann (Demokrat) Frankfurt erhielt 41 Stimmen.

3. Frankfurt a. M. 29. April. Mit Genehmigung der Befugnisbehörde wird der freiwillige Ordnungsdienst allgemein mit den Polizeibeamten keine nützlichen Patrouillendienstleistungen wieder aufnehmen. Die öffentlichen Einbrüche und Verbrechen in der Stadt bedingen diese Maßnahmen.

4. Frankfurt a. M. 29. April. Entgegen dem Beschluß der städtischen Körperschaften, am 1. Mai in allen städtischen Betrieben arbeiten zu lassen, werden die organisierten Beamten an diesem Tage trotzdem feiern. Auch in allen anderen großen und mittleren Betrieben wird gefeiert. Dagegen werden die an den Messebauten beschäftigten Arbeiter die Arbeit nicht einstellen, um die rechtzeitige Eröffnung der Messe nicht zu gefährden.

Aus dem Unterlahnkreis.

1. Fahrplanverbesserungen. Das D-Bug-Paar Wiesbaden-Coblenz und zurück fährt vom 2. Mai ab auch an Sonntagen. Der Personenzug 408, bisher ab Limburg 12,53 Uhr, an Coblenz 2,44 Uhr, kommt von Wiesbaden herunter, ferner wird der Personenzug 415 (ab Coblenz 5,33 Uhr, an Limburg 7,11 Uhr bis Wiesbaden durchgeführt. Die Triebwagen 4312 (ab Limburg 6,08 Uhr, an Coblenz 8,07 Uhr) und 4913 (ab Coblenz 9,10 Uhr, an Limburg 11,17 Uhr) werden jetzt als Dampfzüge geführt.

2. Burgschwalbach. 29. April. Bürgermeister Weber erhielt das Verdienstkreuz für Kriegsbefreiung.

Aus Diez und Umgegend.

1. Schiffkennzeichnung. Fräulein Rosina Sommer von hier hat vor dem Prüfungsausschuß in Limburg die Schiffkennzeichnung mit dem Prädikat „sehr gut“ bestanden.

2. Das „Moderne Theater“ wird morgen abend unter Mitwirkung des freilebigen Quartetts eröffnet werden. Die Räumlichkeiten des Theaters sind aufs schönste, elegant und geschmackvoll, kurz modern restauriert worden. Überhaupt betritt man schon den Ausgang, der einem früher in seiner fahlen Ausführung andeutete, ganz anders jetzt. Farbenfroh, von unten bis zum Scheitelpunkt, jeden Erwartung auf das, was im Saale selbst umgespielt wurde, erfüllt. Hier wird nun allgemeines Stöhnen eintreten. Wie hat sich das Innere des wohlbekannten Raumes, in dem der Winter so viel Bekümmerten sah, geändert. An seine weiße Farbenhaltung ist durchweg ein einnehmendes Grün getreten. Die Seitenwände haben schöne, geschmackvolle Blumenverzierungen erhalten und das Schwarz der Decke wird lebhaft durch bunte Dekorationen unterbrochen. Malermeister W. Seibel, der die ganzen Maler- und Anstreicherarbeiten ausführte, hat hier bewiesen, daß unsere Stadt Kräfte beherbergt, die allen Ansprüchen gerecht werden können. Wer hierhin noch nicht überzeugt ist, der betrachte sich das „Moderne Theater“. Die ganze Ausführung läßt aber auch den Geschmack des Auftraggebers ahnen, wenn dann der gute Geschmack bei dem, was das „Moderne Theater“ bieten wird, ebenso in Erscheinung tritt, dann wird man das Beste erkennen dürfen. Fürs erste zeigt der Film „Neben“, daß das Beste der Kunst vorgeführt werden soll.

3. Ferkelmarkt. Die Auktion zum Markt war gut. Auch an Käufern fehlte es nicht. Die Preise aber waren nach wie

vor sehr hoch und bewegten sich immer noch um 300 Mark herum für ein sechswochenlanges Ferkel, wenn sie auch hier und da unter diesem Satz verkauft wurden. Es ist jetzt an der Zeit, die Ferkel zu kaufen, wenn bis zum Winter ein festes Schwein daraus geworden sein soll. Das ließ zahlreiche Käufer aus ihrer Zurückhaltung heraustreten, und die Preise blieben dadurch ziemlich fest. (240 bis 300 Mark).

4. Straßennußfall. Als gestern abend gegen 8 Uhr eine Dampfstraßenwalze mit zwei schweren Anhängern über die Seidenbrücke fuhr, kam ein Anhängerwagen an der abfallenden Straße ins Rollen und rannte in das Schaufenster der Infanterieschule. Der betrübliche Schaden dürfte wohl durch die hiesigen Pflasterer, der die Wagen mit der bekannten Dampfwalze gehören, zu tragen sein.

5. Diebstahl. Ein hiesiges Mädchen hatte bei seiner Herrschaft in Säcken Seide, 400 Mark Bargeld, einen Unterrock und Schuhschalen mitgehen lassen. Alles in allem einen Gesamtwert von 1000 Mark. Mehrfache Nachforschungen unserer Polizei förderten nun endlich das Diebstahlgut wieder zum Vorschein. Den Diebstahl kann noch ein Wert von 500 Mark wieder hergestellt werden.

6. Langfinger. Der gestrige Ferkelmarkt war recht geeignet für ein erfolgreiches Tätigkeitsfeld von Langfingern und Taschendieben. Leider mußten auch zwei Kranen daran glauben. Beiden verschwand aus der Tasche ihre Geldbörse. Da eine hatte schon glücklicherweise verloren, verlor aber immer noch 240 Mark und die andere wollte eben ein Schwein kaufen, als sie entdeckte, daß die Geldbörse mit 300 Mark verschwunden war. Es waren recht traurige Gesichter, die die beiden machten. Es muß das eine Warnung sein, das Geld nicht in offene Taschen stecken, sondern in verschlossene Innentaschen der Kleidung. Sind diese aber nicht vorhanden, dann lieber wenigstens darauf, Diebstahlsgefahr ist überall jetzt anzutreffen. In einem zweiten Falle hat ein Dienstmädchen seinen hiesigen Brotgeber um 500 Mark erleichtert. Es wurde der Polizei zugewiesen.

Aus Nassau und Umgegend.

1. Der Obst- und Gartenbau-Verein hält am morgigen Samstag, abends 8,30 Uhr im Gasthaus zur Krone eine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme des Jahresberichts und der Rechnungsablage, die Wahl des Vorstandes. An die Mitglieder, die zur Versammlung kommen, wird Gemütsruhe verteilt werden. Außerdem können Wünsche und Anregungen aus dem Mitgliederkreise vorgebracht werden.

2. Der Taunus-Klub macht am kommenden Sonntag wieder eine Wanderung. Sie führt von Laurenburg aus, wohin ab Nassau 1,30 Uhr mit der Bahn gefahren wird, über die Steinsberger Lagen, Steinsberg, Gabelstein, Schloß Schaumburg nach Waldmühle. Die Führung haben die Herren Robert Schwillke und Erich Marol.

3. Demokratische Versammlung. Der hiesigen Ortsgruppe der Deutschen Partei ist es gelungen, den Vertreter des Deutschen Bauernbundes und Kandidaten für den Reichstag, Landwirt Trischmann für Sonntag abends 7 Uhr im Gasthaus zum Dirsch (Bauhaus) in Nassau als Redner zu gewinnen. Landwirt Trischmann steht an zweiter Stelle der Liste, jedoch die Gewähr gegeben ist, daß die Interessen der hiesigen Kreise des Mittelstandes auch aus persönlichem Munde vertreten werden.

Eingekandt.

1. Singhofen. 29. April. Aus Singhofen wird uns geschrieben: In Nr. 90 der Emser Zeitung wird berichtet, daß der Männergesangsverein Nassau am 16. Mai hier ein Konzert mit „Tanzveranstaltungen“ geben will. Darüber herrscht großes Erstaunen in den hiesigen Sängerkreisen. Wäre es nicht freundlich, sich vorher mit dem hiesigen Gesangsverein in Verbindung zu setzen? Oder hat das plötzliche Kommen des Vereins eine besondere Bedeutung? Ich denke doch nicht, daß Nassau das „Herz der Rheinlande“ in seiner Gemeinde brechen will. Soll Singhofen etwas den Geldbeutel des Männergesangsvereins spielen? Damit mag er ja Glück haben; die Jugend ist lustig und tanzt und sei es im Vorabend auf einem brennenden Vulkan. Hier bestehen Vereine genug, die an ihren Einnahmen auf die Gemeinde angewiesen sind. Ist es den hiesigen Vereinen schon schwer, die politische Genehmigung zu ihren Veranstaltungen zu erlangen, so wird wohl unser Bürgermeister ein solches Vorgehen überhaupt nicht unterstützen, sondern, wenn er im Interesse der Gemeinde handelt, die Genehmigung glatt verweigern. Wenn der Männergesangsverein Nassau sich mit einem Ausflug nach hier verbunden mit einem Besuch des hiesigen Gesangsvereins begnügen will, so ist das doch ein vornehmendes Handeln und ist hier herzlich willkommen. Der Männergesangsverein würde also gut tun, im Interesse eines guten Einverständnisses zwischen den Vereinen, von seinem Plan (Öffentliches Konzert) Abstand zu nehmen.

Aus Ems und Umgegend.

1. Wehl. 29. April. Bürgermeister Metz wurde das Verdienstkreuz verliehen.

2. Raiffeisen. Die Sozialdemokratische Partei Bad Ems feiert den 1. Mai durch einen Umzug durch die Stadt, eine Versammlung unter freiem Himmel an der Bismarckstraße und am Sonntag durch einen Theaterabend im Gasthaus „Zur Krone“. Ebenso wird in Nachbach eine Raiffeisen veranstaltet. (Näheres folgt der Zeitungszeitung).

3. Die Post hat am 1. Mai Feiertag. Dagegen werden die Renten an einem besonderen Schalter wie üblich ausbezahlt. Die Landbesetzung wird vom nächsten Sonntag ab eingestellt. Der neue Posttarif tritt entgegen anderslautenden Nachrichten am 1. Mai noch nicht in Kraft.

4. Personalie. Der evangelische Religionslehrer an der Lutherschule, Herr Emme, lehnt es dem Vernehmen nach ab, an dieser Anstalt weiterhin zu unterrichten.

5. Schulunterricht am 1. Mai. Nach einem Erlaß des Ministers für Volksbildung sind die Gemeinden ermächtigt, am 1. Mai den Schulunterricht aussetzen. Die hiesige Stadt wird von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch machen. Daher findet am 1. Mai an unseren Schulen Unterricht statt.

6. Memmenau. 29. April. Die Deutsche Nationalsozialistische Volkspartei hielt hier am Donnerstag eine gut besuchte Versammlung ab, über die uns geschrieben wird: Herr Weppen aus Wiesbaden sprach über die gegenwärtige Lage und erläuterte die Stellungnahme der Partei zu ihr. Besonders eingehend begründete er die Forderung zum alsbaldigen Abbau der, nach seiner Ansicht, zumal für die Landwirte höchst ungerecht gehaltenen Zwangsversteigerung und gab drakonische Vorschläge für die Durchführung der Forderung. In der folgenden Aussprache wurde unter anderem die von einem Redner aus Bad Ems geleagerte Ansicht der Sozialdemokraten, nicht nur den Großgrundbesitz, sondern auch den Kleinbauernlichen

Besitz zum Gegenstand der Sozialisierung zu machen, an der Hand sozialdemokratischer Programme und durch Verletzung von Auslagen sozialdemokratischer Führer als katastrophal bezeichnet nachgewiesen. Die zum Schluß erfolgten Vortrags- und Erklärungen ermöglichten die Bildung einer Ortsgruppe.

Sitzung der Stadtverordneten

zu Bad Ems, am 29. April 1920.

Das Stadtverordnetenkollegium war bis auf zwei Mitglieder vollständig versammelt. Am Magistratspräsidenten hatte Bürgermeister Dr. Schubert Platz genommen. Trotz der äußerst wichtigen Tagesordnung hatte sich noch nicht ein Duzend Zuschauer eingefunden.

Die Jahresrechnung 1919 ist von einem Rechnungsprüfer und dann von der Finanzkommission geprüft worden. Stadtv. Borch. Dr. Stemmler gab die Protokolle der verschiedenen Kommissionssitzungen bekannt. Die Einnahme betrug 609 802,69 Mk., die Ausgabe 532 027,38 Mk., jedoch ein Ueberschuß von 57 775,31 Mk. verbleibt. Es bestehen noch Einnahmestellen von 10 636,48 Mk. und Ausgabenstellen von 3518,93 Mk., jedoch der Kleinüberschuß 34 912,24 Mk. beträgt. Der Schlachthof erfordert einen Zuschuß von 7184,49 Mk.; es bestehen bei ihm noch 1835,92 Mk. Einnahmestellen. Das Wasserwerk liefert an die Stadt 15 935,48 Mk., die Kanalverwaltung 3462,8 Mk. ab. Die Mehreinnahmen des Etats betragen 294 651 Mk., die Mehrausgaben 47 183 Mk., also die effektiven Mehreinnahmen 247 468 Mk. Davon erscheinen aber erhebliche Posten nur in durchlaufender Rechnung oder gehören auf Kassenkonten. Die Mehrausgaben betragen 199 032 Mk., die Minderausgaben 31 671 Mk., die wirklichen Mehrausgaben also 167 361 Mk. Sie wurden insbesondere durch die hohen Kohlenpreise bedingt. Die Ausgaben für das Armenwesen sind infolge der Kriegswohlfahrtspflege erheblich zurückgegangen. Aus den Protokollen sei hervorgehoben, daß die Finanzkommission erheblich höhere Gebühren für die Benutzung der Turnhalle forderte. Daran knüpfte sich eine ausgiebige Debatte, deren Schluß war, daß diese Frage der Finanzkommission zur weiteren Beratung und Bearbeitung von Vorschlägen überwiesen wurde. Einanimmig wurde dem Stadtrechner Entlassung erteilt.

Die Erhöhung des Kredites der Stadt in Laufende der Rechnung bei der Landesbank von 200 000 Mk. auf 800 000 Mk. wurde gemäß dem Magistratsbeschlusse ohne Widerspruch genehmigt.

Die Prüfung der Staatsüberschreitungen wurde der Finanzkommission überwiesen.

Die Frage des Beigeordneten, der den Bürgermeister entlasten soll, entfiel eine kurze Debatte. Der Bezirksauschuß hat gegen die Schaffung der Stelle keinen Einwand erhoben, verlangt aber die Mittelstellung der Beförderung. Der Magistrat hat beschlossen, die Stelle mit 7500 Mk. zu dotieren, die in je 3 Jahren um 500 Mk. bis zum Höchstbetrage von 9000 Mk. gesteigert werden. Die Deutsche demokratische Fraktion hat dazu einen Antrag eingereicht, der im Laufe der Debatte in folgender Form gebracht wurde: Wir beantragen, unter Aufhebung des früheren Beschlusses, die Stelle eines beauftragten Beigeordneten nicht zu schaffen. Zur Entlastung des Bürgermeisters in den Dienstgeschäften und zur Vertretung desselben im Behinderungsfalle soll ein dritter unbesoldeter Beigeordneter gewählt und dafür ein städtischer Beamter in Aussicht genommen werden. Stadtv. Haniel wies in seiner Begründung auf die frühere Stellungnahme der Fraktion hin. Er erinnerte an die finanziellen Folgen, wenn man dem Magistratsantrag folge, denn ein Verzicht auf die in der neuen Städteordnung vorgesehene Entschädigung des Beigeordneten sei nicht rechtmäßig. Der Bürgermeister soll durch einen mit den Emser Verhältnissen vertrauten Beamten entlastet werden. Die Stadtv. Sanner (Zentr.), Schm. (D. Bpt.) und Ott (Soz.) erklärten die Zustimmung ihrer Parteien zu dem demokratischen Antrag. Die Stadtv. Maßbender und Sehr (Zentr.) hatten Bedenken wegen der Stellenzulage für den Beamten. Bürgermeister Dr. Schubert erklärte sich im ganzen mit dem demokratischen Vorschlag einverstanden. Stadtv. Hieser (Dem.) erklärte, daß Anfragen doch nicht an den Bürgermeister persönlich, sondern an den Magistrat gerichtet werden und daß der neue Beigeordnete dann für sein Degradat Aufstufung geben müsse. Der demokratische Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Stelle dürfte in nächster Sitzung besetzt werden.

Zur Umarbeitung der Kommissionssatzungen und der Geschäftsordnung wurde eine Kommission gewählt, in die der Magistrat seine Mitglieder Bürgermeister Dr. Schubert, Beigeordn. Walzer, Schöffs Schandur, die Stadtverordnetenversammlung die Stadtv. Maßbender, Kaffine L. Werner (Dem.), Maßbender, Dr. Stemmler (Zentr.), Schmitt (D. Bpt.), Bleichrodt (Dr. Bpt. Paa.) einsetzt.

Die Vergütung für die Bullenhaltung soll auf 4000 Mk. heraufgesetzt werden, weil die Futtermittel zu teuer geworden sind. Demgemäß soll das Sprunggeld auf 25 Mk. erhöht werden. Dabei legt die Stadt immer noch 800 Mk. zu. Ein Vorschlag des Bullenhalters Dietl, ihm nur 2500 Mk. zu geben, wenn jeder Viehhalter ihm 25 Pf. dafür gibt, scheiterte an dem Widerstande der Viehhalter. Nach längerer Debatte, in der Stadtv. Art (Soz.) energisch gegen ein Vergeld von 25 Mk. auftrat und mit Erhöhung des Mißpreises drohte, und der Stadtv. Voh (Dem.) für eine Erniedrigung auf 15 Mk. eintrat, wurde die Sache gemäß einem Antrage des Stadtv. Sehr (Zentr.), der sich gegen die von seinem Fraktionskollegen Klaus gegebene Anregung, die Stadt solle die nötigen 30 Jir. dafür kaufen, wandte, vertagt.

Der Verkauf eines städtischen Grundstückes an der Arenberger Straße wurde ohne Widerspruch genehmigt. Es handelt sich um einen schmalen Streifen Drieschland am Grundstück von Ernst Vog, das 5 Mk. je Rute kosten soll.

Die Statuten des Wohnungsamtes wurden en bloc genehmigt, nachdem mehrere Mitglieder der Kommission, die die Satzungen ausarbeitete, erklärt hatten, daß der Zweck, Schutz der Mieter, erreicht würde. Sie werden demnächst veröffentlicht.

Zur Behebung der Wohnungsnot gibt das Reich bekanntlich Baukostenzuschüsse. Es liegen beim Bauamt elf Anträge von Bauaufträgen vor. Der Magistrat hat beschlossen, 50.000 Mk. als Beihilfe der Stadt — sonst gibt das Reich nichts — bereitzustellen. Die Zuschüsse werden als Hypothek eingetragen, sind aber 20 Jahre unverzinslich. Die bebaute Wohnfläche darf nicht über 70 Qm. betragen, es sind also Kleinwohnungen. Stadtv. Henche (Dem.) regte an, geeignete Maßnahmen zu treffen, daß das öffentliche Interesse im Rahmen des Möglichen gewahrt würde und fand dabei fast allseitige Zustimmung. Die Zuschüsse wurden genehmigt und der Magistrat ersucht, Vorlage zu machen, wie die Stadt Einfluss in den von Stadtv. Henche gegebenen Sinne gewinnen könne.

Die Erhöhung der Gasmeßermiete hat die Stadtverordneten wiederholt beschäftigt. Der Magistrat hat mit dem Werke verhandelt, das Werk hat zur Stützung seiner Forderungen Zahlenmaterial gegeben. Der Magistrat hat beschlossen, dem Antrag des Werkes stattzugeben. Bürgermeister Dr. Schubert empfahl die Annahme des Antrages. Es sei wohl möglich, für jeden Meßer, namentlich die neu eingebauten, besondere Mieten festzusetzen. Die Meßermiete sei berechnigt, die vom Werke verlangte Miete bleibe in den Grenzen der an anderen Orten zünftigen Mieten. Die Demokraten und die Stadtv. Fleischrodt (Fr. Vgl. Vergg.) und Sanner (Zentr.) sowie die Sozialdemokraten lehnten die Erhöhung ab. Es wurde empfohlen, den Beitrag, den das Gaswerk zur Beschaffung und Unterhaltung der Meßer bringt, auf den Gaspreis umzuliegen. Es wurde darauf hingewiesen, daß viele Meßer jahrzehntlang bereits im Gebrauch sind und durch die inzwischen bezahlten Mieten mehrfach bezahlt worden sind. Dagegen verttrat Stadtv. Sehr (Zentr.) den Standpunkt des Gaswerks. Die Unterhaltung der Meßer koste jetzt mehr als die Mieter einbrächten. Die Forderung des Gaswerks abzuschneiden, sei nach dem Vertrag unmöglich, ebenso der Aufschlag auf den Gaspreis. Schließlich wurde der Antrag Stenmler-Bücher angenommen, die Sache zu vertagen und den Magistrat zu ersuchen, den Vertrag mit dem Gaswerk vorzulegen.

Der Tarifvertrag mit den städtischen Arbeitern wurde nach kurzen empfehlenden Worten der Stadtv. Klaus (Zentr.) und Ott (Zog.) genehmigt. Er sieht Stundenlöhne von 3,60—3,80 Mk. vor. Für eine Anzahl Arbeiter mit beschränkter Arbeitskraft sind mit Zustimmung des Arbeiterausschusses entsprechend niedrigere Löhne festgesetzt worden.

Ebenso wurde der Ordnung über die Erhebung eines Zuschlags zur Wertzuwachssteuer nach kurzer Empfehlung durch Stadtv. Sehr (Zentr.) zugestimmt. Die Stadt erhält damit eine neue Einnahmequelle, um die sie sich schon 1914 bemüht hatte, damals aber vergeblich, weil der Bezirksausschuß dagegen war.

Zur Abschaffung des Submissionswesens bei der Vergebung von Arbeiten durch die Stadt hat die Deutsche demokratische Fraktion folgenden Antrag eingebracht: „Unter der Wirtschaftskrise leidet vor allem auch der Stand der selbständigen Handwerker; Innungen und ähnliche Interessenorganisationen suchen der Notlage der einzelnen Fachgruppen nach Möglichkeit an

ihrem Teil zu steuern. Da erhöht es auch die soziale Gerechtigkeit für die städtische Verwaltung, den handwerkstreibenden Mitbürgern vermehrt beim Aufbau ihrer wirtschaftlichen Existenz zu helfen; hat doch die Stadt selbst das größte Interesse an der Erhaltung möglichst vieler Selbständigkeiten unter ihrer Bürgerschaft, um Zufriedenheit, Eigentumsinn, Arbeitsinteresse und Verantwortlichkeitsbewußtsein zu erhalten und zu fördern. Dazu hat die Stadt den Weg in der Aufhebung einer unsozialen Gewohnheit im Vergabungsverfahren der städtischen Arbeiten. Wir beantragen daher die Abschaffung des Submissionswesens bei solchen Vergabungen. Wir schlagen vor, die städtischen Aufträge des Handwerks- bzw. Innungsverbänden zu übertragen und die Preisfestsetzung einer aus Vergabungswesen- und Vergabungsinteressenten gemischten Kommission zu überlassen. Die Güte der Lieferungsarbeiten wäre von den Interessengruppen zu garantieren. Hierdurch erhoffen wir eine Hilfenmöglichkeit für das selbständige heimische Handwerk, besonders auch der kleinen und mittleren Betriebe durch die Stadt und eine soziale Fürsorge derselben für wichtige Bürgertreue.“ — Die Stadtv. Werner und Henche begründeten den Antrag, der den Interessen beider Seiten Rechnung tragen soll. Sie übergeben noch Richtlinien für ein Vergabungsamt. Stadtv. Fleischrodt (Fr. Vgl. Vergg.) bezeichnet den Antrag als durch die Tatsachen überholt, weil die Stadtverwaltung bereits nach den vorgelegten Grundrissen verfähre, worauf Stadtv. Henche (Dem.) ihm erwiderte, daß es sich darum handele, dies bisher freiwillig geübte Verfahren grundsätzlich festzulegen. Der Antrag ging samt den Richtlinien an den Magistrat zur weiteren Veranlassung.

Unter Punkt

Mitteilungen

gab der Magistrat davon Kenntnis, daß der sozialdemokratische Antrag wegen der Lebensmittellontrolle die Lebensmittellkommission beschäftigt habe. Hotelbesitzer Schüller sei in den Ausschuss gewählt worden. Eine Kommission mit Polizeibefugnissen sei jetzt als zulässig. Am Herten bei der Eingebung der Kassensteuer zu vermeiden, sollte eine Kommission gewählt werden, die eingehende Gesuche um Vergünstigungen nachprüfen sollte. Da nur vier Gesuche innerhalb der gesetzten Frist eingegangen sind, hält der Magistrat die Wahl der Kommission für überflüssig, zumal der Magistrat gesetzlich zur Regelung der Angelegenheit zuständig ist.

Die Deutsche demokratische Fraktion hat folgenden Antrag eingebracht: „Die Stadt möge die städtisch anfertigten und tätigen Hebammen als Gemeindehebammen mit einheitlichem Tarifvertrag anstellen.“ Zur Begründung wurde gesagt: Seit dem Tode der früheren Gemeindehebamme ist trotz Vorhandenseins des städtischen Fonds seit her kein Ersatz geschaffen worden. Das Einnehmen der privaten Hebammen ist nicht ausreichend. Die Notwendigkeit erhöhter Geburtshilfsleistungen ist bei der letzten stark gestiegenen Geburtsziffer und der schwieriger gewordenen Säuglingspflege unbestreitbar. Zur Erhebung des Berufsstandes würde eine städtische Anstellung förderlich sein; sie würde zugleich eine Kontrollfähige, einheitliche Preisgestaltung bewirken. Nur eine Gemeindehebamme anzustel-

len, ist deshalb unratig, weil nach vorliegenden Erfahrungen eine unliebbare Aussonderung unter den Geburtshelferinnen nach sozial und pekuniär verschiedenen Gesellschaftsschichten stattfinden würde. In Nassau hat sich die Verhütung des geburtschilflichen Berufes bewährt. Bereits sind auch in Gms zur Ausbildung und Berufshilfe etatmäßige Mittel erforderlich. — Stadtv. Borch. Stenmler begrüßte den Antrag. Die Hebammen müßten bei der Wichtigkeit ihres Wirkens Gemeinderäte, wenn nicht Staatsbeamtinnen werden. — Der Antrag wurde dem Magistrat zur weiteren Bearbeitung überwiesen.

Stadtv. Werner (Dem.) brachte Klagen über die mangelhafte Reinigung der Steinschule vor, in der gerade wegen gesundheitsschädlicher Zustände herrschen. Bürgermeister Dr. Schubert wies auf die bekannten, seit Jahren bestehenden Schwierigkeiten gerade an dieser Schule hin. Stadtv. Henche (Dem.) schilderte die Verhältnisse in einzelnen Klassenräumen, nahm den Rektor der Steinschule gegen Vorwürfe des Bürgermeisters in Schutz und empfahl als einzige sichere Abhilfe die Anstellung einer Schuldienerin wie an der Schillerstraße.

Stadtv. Kaffine II. (Zog.) brachte Klagen vor über zu teure Berechnung des im Winter aus dem Walde aus Not gestohlenen Holzes. Ordnung müsse wohl sein, aber Knüppelholz mit einem Marktpreis von 300 Mark anzunehmen, sei nicht recht. Bürgermeister Dr. Schubert wies darauf hin, daß die Leute von den „paar Knüppeln“ oft den ganzen Winter geheizt haben.

Stadtv. Kilian (Zog.) brachte Klagen über Wildschadens in der Fischbach vor und fand dabei Unterstützung bei den Stadtv. Vog (Dem.) und Art (Zog.). Es entspann sich eine ausgedehnte Debatte, in der auch die Vertilgung mit Gift erwähnt wurde. Stadtv. Haukel (Dem.) berichtete über die Verhandlungen im Kreisaußschuß zur Bekämpfung der Wildschweine. Die Stadtv. Meuser (Fr. Vgl. Vergg.) und Sehr (Zentr.) wiesen auf die Schwierigkeiten des Abschusses hin.

Um 7,30 Uhr war die Tagesordnung beendet. Stadtv. Borch. Dr. Stenmler stellte mit Befriedigung fest, daß nicht nur recht wichtige Sachen erledigt worden waren, sondern daß auch viele Beschlüsse einstimmig gefaßt worden waren.

Amstlicher Teil

Ausschreiben.

Zeit dem 21. April ds. Js. wird hier der bei dem Landwirt Wihl Horn beschäftigt gewesene Schweizer Emil Kälin, geb. 8. 4. 87 zu Benann bei Emendeln vermißt. Spuren deuten darauf hin, daß Kälin einem Verbrechen zum Opfer gefallen und daß seine Leiche in die Lahn gebracht worden ist. Ein Lichtbild des Genannten steht hier mitzuteilenfalls zur Verfügung.

Im Falle einer Leichenlandung wird um telephonische oder telegraphische Nachricht ersucht.

Limburg, Lahn, den 25. April 1920.

Die Polizeiverwaltung.

S. A.:

Der Polizeiwachmeister: Klein.

Todesanzeige.

Freunden, Verwandten u. Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, Donnerstag nachmittag um 4 $\frac{1}{2}$ Uhr nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meinen lieben Gatten, unsern treusorgenden Vater, Bruder, Schwager, Onkel u. Nassen

Herrn Gottfried Hahn

Schuhmacher

Mitglied des evangelischen Männervereins.

im 52. Lebensjahre, vorbereitet durch den Empfang des hl. Abendmahls zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Um stilles Beileid bitten

Die trauernde Gattin u. Kinder.

BAD EMS, Fachbach, Nassau, Obernhof, Frankfurt, Darmstadt u. Benrath, den 30. April 1920.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 2. Mai, nachm. 3 $\frac{1}{2}$ Uhr von der Friedhofskapelle aus statt.

Geschäftsempfehlung!

Einem verehrten Publikum von Diez und Umgebung zur gest. Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage mein seither in Geilnau betriebenes

Wein-, Spirituosen- und Cigarren-Geschäft

nach

DIEZ a. d. L., Alter Markt 6

verlegt habe.

Auß-rdem werde ich das in dem Hause früher betriebene Essig- und Hefegeschäft wieder neu einführen.

Indem ich meiner verehrten Kundschaft reelle u. prompte Bedienung zusichere, bitte ich um geneigten Zuspruch.

Hochachtend

KARL DOSS, Diez.

!! Maiteier !!

Am Samstag, den 1. Mai veranstaltet die

Sozial-Demokratische Partei

Ortsgruppe Fachbach

im Gasthof „Stadt Coblenz“ eine

Maiteier mit Tanz

Morgens 6 Uhr: Weckruf.

Von 10—12 Uhr: Frühschoppen-Konzert.

Nachm. 3 Uhr: Umzug durch den Ort.

Von 3 $\frac{1}{2}$ Uhr ab:

Tanzmusik

Getränke nach Belieben.

Alle Freunde und Gönner der Partei sind herzlich

eingeladen

Der Vorstand.

11 Glücklose für 10 Mk!

Unterzeichneter bestellt bei der Fa. J. Stassen, geg.

18 $\frac{1}{2}$ Wiesbaden, Weststr. 7, gegen Nachnahme:

11 Scherheim-Lose 13 $\frac{1}{2}$ 000 Mk. Gew. 10 Mk. u. 10.

Scherheim-Lose 250 000 „ „ 3 30 „ „

Mormer-Dombau „ 100 000 „ „ 3 30 „ „

Frankf. Herbolose Wag. m. 4 Pferden Hauptgew.

25 gute Zigaretten zur Probe Stk. 0, 20, 0, 1, 1 20

und 1 00 Mk.

100 Zigaretten bel. Marken Stk. 25, 30, 40, 50, 60, 75 Wg.

Nichtgewinnbringend durchzuführen. Wiederverkäufer u. Wirte

erhalten Rabatt. Ausdrücken und deutlich unterschrieben

an obige Firma senden.

Sonderangebot für die Leser der Diezer Zeitung

Wohnort: Name:

Post: Datum:

Ausschneiden und sofort einsenden!

Ein braver ehrlicher, fleißiger

Junge

kann unter günstigen Bedingungen bald in die Lehre treten.

August Hermann Nassau, Bäckermeister und Konditor Telefon 48.

Kaufe ganze Einrichtung, sowie Möbel ab. An zu den höchsten Preisen.

Georg Faulhaber, Coblenz, Florinpfaffenstraße 5, a. d. Friedhofstraße Telefon 592. Karte gerügt.

Otto Schneider, Diez

Oraniensteinort.

empfehlte sich in der Ausführung sämtlicher

Maler- und Anstreicherarbeiten

Zu verpachten:

1 Hofraite u. 24 Morgen Land in Bremberg (Unterlahnstein) Interessenten wollen sich bis Montag, den 3. Mai melden bei

Heinrich Fischer, Wassenbach, od. Kasper in Hördorf.

Reine Rauchtabelle

Rauchlust, Feinschnitt,

Sportschag, Marinschnitt

aus der Fabrik Wilhelm Mertens, Cleve.

Kautabak, Röllchen Mk. 2.25

Stangenkautabak 2 Mark

Rud. Degenhardt,

Zigarrengeschäft

Nassau a. d. Lahn.

Cognac-Verschnitt

Rum-Verschnitt, Cognac-Weinbrand,

Franz. Original-Cognac, Südweine,

Schaumweine, Rhein- u. Moselweine

August Eysenck,

Niederlahnstein a. Rhein

Telegramm-Adr.: Eysenck-Niederlahnstein

Telefon Nr. 55 u. 124.

Müllabfuhr.

Vom 1. Mai findet die Müllabfuhr wie folgt statt:
a) oberer Stadteil rechte Seite (d. i. bis Römerstraße 48) Dienstags, Donnerstags, Samstags.
b) oberer Stadteil linke Seite (d. i. bis einschl. Haus Ruffhanna) Montags, Mittwochs, Freitags.
c) unterer Stadteil
Dienstags, Donnerstags, Samstags.
Bad Ems, den 30. April 1920

Die Polizeiverwaltung.

Holzversteigerung.

Dienstag, den 4. Mai, vorm. 9 Uhr anfangend kommen im Stadtwald von Ems die nachbezeichneten Holzmassen gegen Zahlungsanstand, zur Versteigerung:

District Nimen 57 bei der Denzgerheide
189 Km. Buchenknäuel.
835 Km. Kiefernknäuel
District: Huxert 54 (Begaufschloß)
1 Eichenstamm 3. Klasse 0,75 Hektometer
21 Km. Eichen- und Buchenknäuel
16 Km. Kiefernknäuel

Händler und Auswärtige sind ausgeschlossen.
Es wird besonders darauf hingewiesen, daß dies, außer dem späteren leichten Buchholz, die letzte diesjährige Holzversteigerung im hiesigen Stadtwald ist. Wir empfehlen ganz besonders, Bedeckung des Brennholzbedarfes bis zum Herwinter, da Handabgaben, wie in den beiden letzten Jahren, nicht mehr stattfinden können.
Die Versteigerung beginnt im District Nimen bei Holz Nr. 1.

Bad Ems, den 28. April 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Betreffend: Schuttablagerung.

Berechtigte Klagen geben und Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Ablagerung von Schutt und Unrat gegenüber der neuen Kaserne in der Drankensheimerstraße (neben dem Bierdestillat) streng verboten ist. Die Schuttablagerung befindet sich immer noch unterhalb des Hühnerchens, als Zufahrt dient die verlängerte Adelsheidstraße.

Diez, den 28. April 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Emser Vorschau- u. Kreditverein G. m. u. H.

Die 110. ordentliche General-Versammlung

findet am

Sonntag, den 9. Mai d. J. abends 8 Uhr
im Hotel „Stadt Wiesbaden“ hier statt.

Die Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Geschäftsbericht.
2. Genehmigung der Bilanz und Verteilung des Reingewinnes.

Weitere Anträge zur Tagesordnung sind bis Mittwoch, den 5. Mai d. J., mittags 12 Uhr auf dem Büro des Vereins schriftlich einzureichen.

Nach geschlossener Festlegung der 1919 Dividende kann diese sofort erhoben werden.

Bad Ems, 30. April 1920.

Der Vorstand.

Carl Ludwig Bey. Heinrich Rauth.

Stemm- u. Ring-Verein Ems

Heute Abend, den 30. April,
abends 8 Uhr:

Ansserordentl. Mitglieder-Versammlung

im Vereinslokal. Besprechung der Festlichkeit am Sonntag. Vollzähliges Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Achtung!

Montag, den 3. u. Dienstag, den 4. Mai werden von morgens 9 Uhr bis nachm. 5 Uhr im Hofe der Wirtschaft „Zur Krone“ bei Marschang in Bad Ems folgende Sachen angekauft:

Kumpen, wollene Strickkumpen, Knochen, altes Eisen, Zinn, Blei, Messing und Kupfer, sowie alles Papier zum Einstampfen.

Es wird gebeten, das alte Papier fest zu bündeln oder in alte Säcke zu verpacken. Dasselbe und 4 Paar gute Herrenkieser zu verkaufen.

An die Landwirte!

Wer gesunde kräftige
— Dickwurz —

haben will, der dünge jetzt schon seine
Aecker mit

Chlorkalium.

Solches ist zu haben bei
Wilh. Knapp, Oberneisen.

Sozialdemokr. Partei Unterlahnkreis.

An die sozialistisch denkende Bevölkerung! An Alle!

Die politischen Gegner der Soz.-dem. Partei haben in der Nationalversammlung den Antrag auf Einsetzung des

1. Mai als gesetzl. Feiertag

auch in diesem Jahre zu beschließen, abgelehnt.

Einer schärferen Herausforderung

der sozialistisch denkenden Bevölkerung bedarf es nicht. Sie wird durch Arbeitsruhe am 1. Mai zeigen, daß hinter ihrem

Willen auch die Tat folgt.

Schließt Euch den großen Kundgebungen in Diez, Nassau, Bad Ems, Holzappel und Hahnstätten restlos an und

erscheint in Massen!

Durch Volksversammlungen unter freiem Himmel, Umzüge durch die Stadt demonstriert für die Erhaltung der Errungenschaften der Revolution, für den 8-Stunden-Tag, Völkerfrieden und

Völkerverständigung.

Der 1. Mai ist der Weltfeiertag der Hand- und Kopfarbeiter.

Der 1. Mai ist der Tag des Bekenntnisses. Lasst die Arbeit ruhen!

Hoch der 1. Mai!

Hoch der Sozialismus!

Der Festausschuss zur Maifeier:

L. A.: Bechtel. — Schäfer.

Wo feiere ich den 1. Mai???

Ohne Frage

am schönsten, besten und billigsten
nur im

Modernen Theater

im großen Saale des „Hof von Holland“

Direktion H. Schiel DIEZ a. L. Separater Eingang

Kunst
Nerven

Großes Sensationsdrama in einem Vorspiel u. 6 Akten von Rob. Reinert

Musik
von
Fred Alwe.



Gesang
Auftreten
des
beliebten
Solo-
Quartett
Freien-
diez.

Dieses Werk
übertrifft alles bisher Dagewesene an hastender Größe,
phantastisch schönen Bildern, an Darstellung künstlerischer Eigenheit.

Spielzeit:

Samstag, 1. 5. | Sonntag, 2. 5. | Montag 3. 5.
abends 7 1/2 Uhr | 3-5; 5 1/2-7 1/2; 8-10 | 8-10 abds.

Zu recht zahlr. Besuch ladet ein: Die Direktion.

Preisbauernschaft Unterlahn.

Sonntag, den 2. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr ist in
Singhofen

bei Herrn Gastwirt Singel

Voll-Versammlung der Kreisbauernschaft

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Torneide über Fütterung.
2. Tätigkeitsbericht des Vorstandes.
3. Rechnungsbericht.
4. Tagesfragen.

Der Vorstand.

Achtung!

Kriegsbeschädigte.

Bei Frau Ww. Schäfer,
Ems, Koblenzstraße:

Salzheringe

Junger Mann

1. ch. Kriegsbeschädigter, 1
Beschäftigung leichter Art
in Hotel od. sonst. Betrieb,
auch Büroarbeit. Off. unt.
2 100 an die Geschäftsst.

Mädchen

zur Hilfe im Haushalt für
sofort gef. dlt.
Diez, Bahnhofstr. 10.

Hotel-Restaurant Hohen-Malberg Bad Ems

Vom 1. Mai ab
wieder eröffnet.

Maifeier

Sozialdemokrat. Partei Ortsgruppe Bad Ems.

Samstag, den 1. Mai 1920:

Nachm. 1/3 Uhr: Aufstellung des Zuges
am Vereinslokal: Umzug mit Musik durch
die Stadt zur Bismarcksäule. Dasselbst öffent-
liche Kundgebung unter freiem Himmel.
Redner: Parteisekretär Witte, Wiesbaden.

Volksbelustigung. — Kinderspiele.

Bei ungünstiger Witterung findet die Veranstal-
tung im Saale des Gasthauses zur Krone statt.

Sonntag, den 2. Mai 1920, abends 8 Uhr
im Saale „Zur Krone“:

Theater und Ball

Eintrittsgeld für Mitglieder 2 M., eine Dame frei.
Nichtmitglieder 3 M.

Der Vorstand.

Prima
Stangenpargel,
Suppenpargel,
Spinat, Mangold,
Sellerie, Lauch,
Zwiebels,
festen Kopfsalat
empfehlen
H. Umfoull, Ems.
Telefon 2

Hausmädchen

zum 15. Mai gesucht.
Franz Heinrich Sommer,
Bad Ems, Idmmerstr. 95.

Ich suche ein

Mädchen

für ganze Tage oder ein
Mädchen od. Frau
für halbe Tage.

Frau Direktor Mieses,
Bahnhofstr. 11, Ems.

Ein grauer

Herren-Überzieher
von Limburg nach Diez
verloren. Abzug geg. Bel.
bei Reg. Rat Schiffer,
Limburg.

Kirchl. Nachrichten

Diez.

Evangelische Kirche.
Sonntag, den 2. Mai
Pastor.

Vorm. 8 Uhr: Herr Dekan

Winkel.

Vorm. 10 Uhr: Herr Pfarrer

Schwarz.

Christentede f. die männliche

Jugend.

Amstwoche: Herr Pfarrer

Schwarz.

Nassau.

Evangelische Kirche.

Sonntag, 2. Mai,

Ca. 10 Uhr.

Vorm. 10 Uhr: Hauptgottes-

dienst.

Herr Pf. Moser.

Vorm. 11 Uhr: Kindergottes-

dienst.

Nachm. 2 Uhr: Herr Pfarrer

Diez.

Anstalt f. die männliche

Jugend.

(Roaf Jahrgänge 1918,

1919, 1920)

Amstwoche: Dr. Pf. Moser

Schwarz.

Sonntag, den 2. Mai.

Ca. 10 Uhr.

Vorm. 10 Uhr: Predigt.

Zeit: Psalm 40, 2-12.

Nachm. 2 Uhr: Christentede.